

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Dietmar Bartsch,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3672 –**

Beziehungen der Europäischen Union mit Afrika solidarisch und gerecht gestalten

A. Problem

Mit dem dritten Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU) mit den afrikanischen Staaten am 29. und 30. November 2010 in Tripolis/Libyen verbindet sich die Hoffnung auf eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Beziehungen zu Afrika. Die bisher verfolgten Strategien haben nicht dazu geführt, dass die soziale und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika wesentlich verbessert werden konnte. Die Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) laufen Gefahr, stark in die ordnungspolitischen Handlungsspielräume der Partnerländer einzugreifen; unterschiedliche Interimsabkommen mit Einzelstaaten können möglicherweise die regionale Integration in Afrika gefährden. Mit sogenannten Rohstoffpartnerschaften, bei denen Entwicklungshilfe an den Zugang zu Rohstoffen gekoppelt ist, drohen die sozialen Herausforderungen aus dem Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit gedrängt zu werden. Eine Verknüpfung der zivilen Hilfe mit militärischen Strukturen kann eine Beeinträchtigung der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen und eine Gefährdung des Lebens ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Folge haben. Einer Lösung muss auch die bisherige Zusammenarbeit in der Migrations- und Flüchtlingspolitik zugeführt werden, bei der insbesondere die Fluchtursachen beseitigt werden müssen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/3672 abzulehnen.

Berlin, den 19. Januar 2011

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar Wöhrl
Vorsitzende

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatter

Karin Roth (Esslingen)
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Niema Movassat
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Karin Roth (Esslingen), Joachim Günther (Plauen), Niema Movassat und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3672** in seiner 71. Sitzung am 11. November 2010 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird gefordert, von der Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerländern mit Rohstofflieferungen und deutschen wirtschaftspolitischen Interessen abzusehen. Insbesondere soll eine Freihandelspolitik, die ausschließlich auf Deregulierung und Privatisierung abzielt, unverzüglich eingestellt werden. Entsprechend sollen die Verhandlungen über WPA vorübergehend ausgesetzt und stattdessen wirksame Schutzmechanismen für die lokalen und regionalen Märkte entwickelt werden. Dabei sind die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und der AKP-Staaten zu beteiligen. Um die regionale Integration in Afrika zu fördern, fordern die Antragsteller, dass keine Abkommen mit einzelnen Staaten und Teilen der Regionalgruppen abgeschlossen werden. Die Strategie der zivil-militärischen Zusammenarbeit soll aufgegeben werden; hierfür dürfen keine Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) verwendet werden. Im Kontext einer neuen Flüchtlings- und Migrationspolitik fordern die Antragsteller die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die für rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge sorgt. Mit Rücksicht darauf, dass Libyen weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch den Kooperationsvertrag mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen unterzeichnet hat soll sich die EU deutlich gegen das geplante Kooperations- und Partnerschaftsabkommen mit Libyen aussprechen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2011, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 19. Januar 2011, der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 19. Januar 2011, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 be-

raten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird noch einmal hervorgehoben, dass es bei den Wirtschaftsabkommen nicht darum gehen könne, im Sinne der Wirtschaftsinteressen großer Konzerne eine Marktöffnung herbeizuführen. Damit würden regionale Märkte und Handelsstrukturen in Afrika zerstört, weil die lokalen Anbieter mit den subventionierten und preiswerter produzierenden europäischen Anbietern nicht konkurrieren könnten. Es gehe umgekehrt darum, eine faire und gerechte Partnerschaft aufzubauen und damit die Armut wirksam zu bekämpfen. Ein nicht weniger wichtiges Thema für die Partnerschaft zwischen Afrika und der EU müsse die Frage des Umgangs mit afrikanischen Flüchtlingen sein. Die militarisierte Abwehr von Armutsflüchtlingen durch die EU-Grenzagentur FRONTEX müsse durch eine humane Flüchtlingspolitik ersetzt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnt den Antrag grundsätzlich ab. Er stelle keinen produktiven Beitrag für eine konstruktive Gesprächsführung mit den afrikanischen Staaten dar. Wenn auf afrikanischer Seite eine stärkere Berücksichtigung landwirtschaftlicher Fragen gefordert werde, dann gehe es hierbei immer auch um eine ganzheitliche Betrachtung, also um Exportaspekte jenseits der Herstellung wie beispielsweise Fragen der Weiterverarbeitung und der Haltbarkeit. Und wenn Europa mit Afrika auf gleicher Augenhöhe verhandeln wolle, dann müsse man dies auch in der Praxis unter Beweis stellen, indem man beispielsweise nicht nur Wahlbeobachter nach Afrika entsende, sondern auch umgekehrt solche aus Afrika bei Wahlen in Europa zulasse.

Die **Fraktion der SPD** betont, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. fordere eine EU-Afrika-Partnerschaft auf Augenhöhe. Allerdings beschränkten sich die inhaltlichen Forderungen im Wesentlichen auf wirtschaftspolitische Aspekte und blieben somit unvollständig. Vielmehr müsse es darum gehen, die Entwicklung der afrikanischen Partnerländer in allen Politikbereichen zu fördern und nachhaltig zu stärken. Deshalb gelte es, den als wichtige strategische Initiative bestehenden EU-Afrika-Aktionsplan, der über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. hinausgehe, weiterzuentwickeln. Es gehe um die Unterstützung von Good Governance und die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards. Es gehe um die Förderung und Gleichstellung von Frauen in den afrikanischen Ländern. Und es gehe um Bil-

dung als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut. Die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. beschreibe vor allem die künftige Wirtschaftspartnerschaft, zahlreiche andere Aspekte würden ausgeblendet. Deshalb lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** weist den Antrag als überzogen und einseitig zurück. Man dürfe sich nicht mit der Erstellung von Aktionsplänen zufriedengeben. Bei Wirtschaftsfragen müsse man auch, die anderen Verhandlungspartner wie China im Auge behaltend, die eigenen Interessen in Rechnung stellen, beispielsweise bei der Frage der Übertragungsleitungen von

Energie, die durch erneuerbare Energien im Norden Afrikas gewonnen werden solle. Das gelte auch für Projekte im Straßen- und Abwasserbau in den Metropolen Afrikas.

Viele Aspekte bezüglich der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und zu den Rohstofffragen könnten aus Sicht der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** mitgetragen werden, jedoch sei zu kritisieren, dass in dem Antrag jegliche polizeiliche und militärische Kooperation mit afrikanischen Partnerstaaten abgelehnt werde. Damit wäre unter anderem auch humanitäre Unterstützung im Konfliktfall unmöglich.

Berlin, den 19. Januar 2011

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatter

Karin Roth (Esslingen)
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Niema Movassat
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin